



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preitzelle 50 Pfennig, Codex- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postankafen nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Druckungsregister.

Für die Woche vom 18. bis 24. Juni 1916
ist die Beitragsmarke in das mit 25 bezeichnete
Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Hat unser Verband im Kriege gehalten, was er im Frieden versprach?

Als die Kunde vom Ausbruch dieses Krieges die Gewerkschaften überraschte, da waren es bange Gefühle, die viele von uns beschlichen. Zwar hatte niemand eine sichere Voraussage über die Dauer des Krieges, aber man wußte, daß die Arbeiterorganisationen vor der folgenschwersten Erschütterung standen.

Große, starke, leistungsfähige Organisationen sahen das Gros ihrer Mitglieder ins Feld rücken; konnten sich kleinere, weniger starke Verbände über Wasser halten, wenn man auch ihnen den größten Teil ihrer Mitglieder nahm?

Diese Befürchtung ist gottlob hinfällig geworden; unser Verband, der ja zur letzten Kategorie gehört, hat, gesund an Leib und Seele, die 22 Monate Kriegszeit überstanden, so daß für die letzte Phase dieses gewaltigen Krieges Befürchtungen nicht mehr hegt werden brauchen.

Es zeigt sich jetzt, welches anziehendes Moment es doch war, den Kampfescharakter unseres Verbandes klarer herauszuschälen, unsern Mitgliedern das Bewußtsein beizubringen, daß sie nicht nur zahlende Glieder, sondern als Mitglieder unserer Organisation Vorkämpfer besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen sind, die der Zukunft Rechenschaft ablegen sollen über das Ertrampfte der Gegenwart. Daß diese Aufgabe unsern Mitgliedern in Fleisch und Blut aufgegangen, verdanken wir der rührigen, unaufhaltsamen Tätigkeit unserer Zentral- und Ortsverwaltungen, sowie dem Verständnis unserer Mitglieder für den Ernst und die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes.

Das Einrücken der männlichen Mitglieder zum Heere brachte zunächst etwas Stoden in den ruhigen Gang unserer Organisationsmaschine. Die wehrfähigen Mitglieder wurden eingezogen; in vielen Städten stieg die Arbeitslosenziffer rapid. Auf der einen Seite also verminderte Einnahmen durch Ausfall der Beiträge, auf der andern Seite erhöhte Ausgaben durch Unterstützung der Arbeitslosen. Ich höre noch heute die mahnenden Worte unseres Hauptkassierers Lobdahl auf den Verbandstagen zu München und Bremen, daß unsere Kasse nie Selbstzweck sein soll, sondern das finanzielle Rückgrat unserer Mitglieder bei den kommenden Tarifkämpfen; man prägte das Wort: Kampffonds. Soviel Verbeträft für unsern Verband in seinen Unterstützungsrichtungen liegt, ebensoviel schwächt er seine Aktionskraft, wenn ein zu weit ausgebrochenes Unterstützungsnetz den größten Teil seiner Einnahmen auffaugt. Schwere Kämpfe um die Sanierung unserer Klassenverhältnisse waren nötig; sie gereichen unserer Organisation

zur Ehre. Niemand konnte sich der Einsicht verschließen, daß wir den neugewonnenen Mitgliedern klar machen müssen, daß sie sich nicht nur der Unterstützungen wegen organisieren, sondern daß ihnen die geschichtlich hohe Aufgabe zufällt, weitere Errungenschaften zu erkämpfen, bessere Löhne, kürzere Arbeitszeiten, gesündere hygienische Verhältnisse zu schaffen in den einzelnen Betrieben. Die Idealisierung unseres Verbandes hat einen tüchtigen Kern Mitglieder herangebildet, die in Sturm und Gefahren unser Organisations Schiff leiten. So überraschte uns die Kunde vom Ausbruch dieses gewaltigen Völkerringens.

Die tätigtsten Mitglieder wurden zu den Fahnen gerufen, dem Verband wurde eine schwere Prüfung auferlegt. Aber dank der Aufopferung der Daheimgebliebenen wurde ein beträchtlicher Teil dieser großen Lücke ausgefüllt, und es wird ein Ruhmesblatt in der Geschichte unseres Verbandes bleiben, was an Opfern von den Mitgliedern in dieser Krisenzeit getan wurde.

Unsere Zahlstellenvorstände leisteten schier Unmensliches, um die äußerste Not zu lindern. Nicht nur durch geschicktes Anziehen der zur Auszahlung gelangenden Unterstützungen, sondern durch Appell an die ideellen Aufgaben unseres Verbandes wurde es möglich, die Kraft der Organisation fast ungeschwächt zu erhalten.

Wenn wir in Feindesland die Furie der Vernichtung toben sahen, war unser Gebante immer bei der Organisation. Wir zitterten nicht um unser Leben, wir zitterten um die Lebensfähigkeit unseres Verbandes. Nun wo wir die Gewißheit erlangt, daß unsere Zweifel unberechtigt, kommt uns das erhabene Gefühl unseres Organistenseins erst voll zum Bewußtsein. Der Verband zeigte seine volle finanzielle Kraft; und wenn er im Frieden versprach, den Mitgliedern ein Rückhalt zu sein in Zeiten der Not und Gefahr, so hat er dieses Versprechen bis auf das Tüpfelchen über dem I gehalten. Er wuchs durch eigene Kraft in seine Aufgabe hinein. Ein Teil des Mitgliederverlustes wurde wett gemacht durch Zunahme der weiblichen Kräfte, die allerorts die Tätigkeit der Eingezogenen verrichten mußten. Es galt, diese zu organisieren; nachdem dies gelungen, wird man daran gehen, die Mitglieder für den gewerkschaftlichen Kampf vorzubereiten und sie mit dem notwendigen geistigen Rüstzeug auszustatten.

Schlüßten uns in den Städten, wo Tarife bestanden, auch diese vor einem Fallen der Löhne, so war unsere Lage doch höchst ungewiß; nun die Dinge sich geklärt, sehen wir unsern Verband dastehen wie ein Felsen aus Bronze.

Ohne den Opfersinn der Mitglieder wäre es kaum möglich geworden, diese schwere Zeit zu überleben. Jetzt, da wir voraussichtlich das Dürste überstanden, kann uns um die Zukunft des Verbandes nicht mehr bange sein.

Der Kampf, der draußen mit den Waffen entschieden werden soll, wirkt auch seine Streiflichter in die gewerkschaftliche Bewegung der deutschen Arbeiter. Vorbedingung für unsere Gewerkschaftsbewegung ist ein weitausgehendes Industriereteh; je größer das Gewerbe, um so umfangreicher kann

es Waren produzieren = herstellen, und ebenso umfangreich kann es exportieren = an das Ausland abgeben. Das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ faßt diesen Prozeß in seiner Nummer 18 vom 29. April in die Worte zusammen:

„... Das Gedeihen der deutschen Arbeit ist aber die Grundlage für ein gedeihliches Wirken der deutschen Gewerkschaften, der Wirtschaftsverbände der Arbeiterklasse. Jede Zurückbildung der deutschen Wirtschaftseinheit fällt in ihren Wirkungen auf letztere zurück. Unter der Ausschaltung irgendeiner deutschen Industrie vom Weltmarkt leiden erfahrungsgemäß am allermeisten deren Arbeiter; das haben uns die Handelskriege und Kriegen genugsam gelehrt.

Die Vernichtung des deutschen Anteils am Weltmarkt würde nicht bloß dessen Angestellte und Arbeiter, sondern auch die industriellen Erzeuger der in Frage kommenden Produkte in ihren Existenzbedingungen aufs schwerste gefährden. Und es ist eines der eingeständenen Kriegsziele unserer Feinde, Deutschlands Industrie und Handel zu zerstören, ein Ziel, dem sie schon seit dem Kriegsbeginn mit Zähigkeit nachstreben und das ganz wesentlich zur Verschärfung des Krieges beigetragen hat.

Deutschlands Anteil an der Weltproduktion und am Weltmarkt soll vermindert, sein Wettbewerb auf dem Weltmarkt unschädlich gemacht werden. In diesem Anteil an der Weltwirtschaft steht aber auch der Anteil deutscher Arbeit, den wir zu verteidigen haben, deutscher Arbeit als Erschaffenes und Errungenes, deutscher Arbeit als weitere Entwicklungsmöglichkeit für die deutsche Arbeiterklasse, nicht zuletzt deutscher Arbeit als Organisation! Denn auch die Arbeiterorganisation geholt nur in einem wirtschaftlich entwickelten und entwicklungsfähigen Lande.

Was wir als Organisation geworden sind, danken wir neben der eigenen Kraft auch einem blühenden deutschen Wirtschaftsorganismus... Deutsche Arbeiterorganisation! Sie, die an Stärke und Leistungen die aller andern Nationen überragte und zur Führung im Reigen aller Völker berufen schien, — wer möchte sie von ihrer Höhe herabstoßen und in chronischen Wirtschaftskrisen ihre Kräfte aufzehren sehen?

Und haben diese Arbeiterorganisationen nicht auch in ihrem jahrzehntelangen Wirken etwas geschaffen, das sie zu verteidigen haben? In ihren wirtschaftlichen Errungenschaften an Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhungen, Mitbestimmung an den Arbeitsbedingungen ruht die ganze materielle Grundlage einer neuen Arbeiterkultur, auf der wir in den kommenden Jahrzehnten weiterkämpfen, weiterbauen wollen, die wir unseren Kindern zu weiterer Entwicklung hinterlassen wollen, bis das ökonomische Joch der Lohnarbeit dereinst beseitigt sein wird. . . .

In diesem festgelegten Programm liegt die kulturelle Bedeutung der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und die Auf-

gabe unseres Verbandes im besonderen. Gewiß braucht nicht ein und dasselbe Hilfspersonal bei einem und demselben Prinzipal jahrelang tätig zu sein, er kann einen Wechsel sehr wohl vertragen; was er aber zur Aufrechterhaltung seines Betriebes nötig hat, ist gut eingearbeitetes, geschultes Personal. Dieses aber ist im Verband zu finden, der eine ständige Kontrolle ausübt über die Gesamtleistung seiner Mitglieder und deshalb ständig über gut geschultes Personal verfügt. Darin aber liegt eine der Hauptaufgaben für die Zukunft des gesamten Gewerbes.

Für die Daheimgebliebenen ist es keine leichte Aufgabe, die Näher unseres Organisationsgebietes in Lakt zu halten. Aber sie wird gelingen, dessen sind wir Feldgrauen uns bewußt.

Wem es von uns vergönnt sein sollte, gesund und frisch die Heimat wieder zu sehen, dem werden die Leistungen unserer Mitglieder gewiß schrankenlose Bewunderung abnötigen. Haben es doch die meisten Jahrlinge sogar möglich gemacht, die Familien der eingezogenen Kollegen namhaft zu unterstützen; allen voran die Berliner Mitgliedenschaft, deren Opferwilligkeit wir Krieger nicht hoch genug anschlagen können.

Daß auch der Einfluß des Verbandes nicht gelitten hat, beweisen uns die gewährten Steuerungszulagen der Prinzipale. Gewiß sind sie bei dem heutigen Stand der Lebensmittelpreise unzulänglich, wer wollte sich dem verschließen; aber als Faktum betrachtet, sind sie ein Teil des Ausgleichs der heutigen Lebenshaltung. So ist das Bild ein zufriedenstellendes. Hoffen wir gemeinsam, daß es uns bald möglich ist, den Daheimgebliebenen persönlich zu sagen, welches Lob ihr Durchhalten verdient. Und dann mit vereinten Kräften an die Organisationsarbeit, ans Werk, denn unserem Verband die Zukunft trotz alledem! G u s t a v F u ß.

Das neue Reichsvereinsgesetz.

Die Novelle zum Reichsvereinsgesetz hat nun die zweite und dritte Lesung im Reichstag passiert und ist, unter Ablehnung aller Abänderungsanträge, angenommen worden und zwar gegen die Stimmen der Konservativen und — der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. Die Zustimmung des Bundesrats steht zu erwarten, und so wird sie in Kürze Gesetzeskraft erlangen.

Nur wenig bringt das neue Vereinsgesetz der Arbeiterschaft, aber selbst dieses Wenige war den Fortschrittsfeinden schon zuviel. Allen voran waren es natürlich die Junker, die gegen jede Erweiterung der Arbeiterrechte protestierten, und sie brachten es zuwege, daß die Vorlage erst nach langer Verzögerung von der Regierung eingebracht wurde. Mit den Junkern zusammen kämpften die Industriegehaltigen; während es diesen darum zu tun war, jugendlichen Personen unter 18 Jahren den Beitritt zu den Gewerkschaften sowie die Teilnahme an Versammlungen unmöglich zu machen, versuchten die Junker mit aller Macht, die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter unter das Gesetz zu verhindern.

Nun gelang es ihnen zwar nicht, die Annahme des Gesetzes zu vereiteln, doch erreichten sie wenigstens eine Verschleppung durch Ueberweisung an eine Kommission; hier hoffte man, durch Abänderungen die Vorlage so zu gestalten, daß sie für die Regierung „unannehmbar“ würde. Jedenfalls kam ihnen die Zersplitterung in der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für ihre Zwecke sehr gelegen, sie rechneten mit einer derartigen Zersplitterung der Stimmen, daß eine Einigung zwischen Regierung und Parlament unmöglich würde. Dieses lehnte aber alle Abänderungsanträge ab, und das Gesetz wurde, wie schon eingangs erwähnt, in seiner ursprünglichen Form gegen die Stimmen der Konservativen und der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft angenommen. Ging den Konservativen die Vorlage zu weit, so ging sie der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft nicht weit genug, und so konnte man im Reichstag das schöne Schauspiel erleben, daß die äußerste Rechte mit der äußersten Linken gemeinsam gegen ein Gesetz stimmten, daß der Arbeiterschaft, besonders den Gewerkschaften, einige Erleichterungen verschafft. Die sozialdemokratische Fraktion steht gewiß nicht

auf dem Standpunkt, daß dieses Gesetz nun ein erreichtes Ideal darstellt, und sie hat in einer Resolution an den Reichstag den Forderungen, die sie an ein freihetliches Vereinsgesetz stellt, prägnanten Ausdruck gegeben. Es war aber sehr richtig, daß sie sich nicht auf den „Alles oder Nichts-Standpunkt“ der 18 Männer-Fraktion gestellt hat, den gerade wir Gewerkschaften bekämpfen. So wie wir es vorziehen, lieber mit geringen Verbesserungen fürlieb zu nehmen, als uns um Unmögliches die Köpfe einzurennen, so war es auch hier den Interessen der Arbeiterschaft dienlicher, die wenigen freihetlichen Verbesserungen zu nehmen, um erst mal das Gesetz unter Dach und Fach zu bringen, als es abzulehnen, weil es uns nicht alle berechtigten Wünsche erfüllte. Das jetzige Gesetz eröffnet den Gewerkschaften immerhin ein freieres Betätigungsfeld als bisher, gerade sie haben bisher unter Schikanen schwer zu leiden gehabt, und die Auslegungskunst der Polizei brachte manches Mal die „Politisch-Erklärung“ ganzer Gewerkschaften mit sich. Daß sie dem unter dem neuen Gesetz nicht mehr ausgesetzt sind, begrüßen wir als einen erheblichen Fortschritt, wir betrachten es als die erste Staffel zu einem wirklich freien Vereinsgesetz.

Ersahglieder für Kriegsbeschädigte.

Der vielfache Verlust von Armen und Weinen der selbsttätigen Soldaten hat den Erfahngericht besonders zur Beschaffung von Ersahgliedern sehr angeregt. Zwar ist auch in Friedenszeiten dem Gebiete der Krüppelfürsorge große Aufmerksamkeit gewidmet worden. Die Kriegszeit aber hat Ingenieure, Aerzte und Privatpersonen zu vielfachen Erfindungen besonders angeregt. Um den verstümmelten Kriegsverletzten einige Hoffnung für ihre fernere Zukunft zu geben, ist durch Vorträge in Lazaretten und Kliniken sowie durch Vorführung verkrüppelter Personen gezeigt worden, zu welcher Geschicklichkeit der Verstümmelte mit künstlichen Gliedmaßen eventuell gelangen kann. Bei diesen Vorführungen, bei denen meist Personen gezeigt wurden, die schon von Geburt an oder im späteren Leben durch Unfälle den Verlust irgend eines Gliedes zu beklagen hatten, hatte jedoch jeder immer das Gefühl, daß es sich hierbei um Personen handelte, die sich mit der Zeit an ihr Unglück gewöhnt und sich eine gewisse Anpassungsfähigkeit angeeignet hatten. Wenn z. B. ein Mensch, der ohne Arme geboren, seine Kunstfertigkeit zur Verrichtung vieler Arbeiten des täglichen Lebens mit den Füßen zeigte, so war das doch bis zu einem gewissen Grade oftmals eine artistische Darstellung. Ebenso, wenn Kinder aus dem Krüppelheim vorgeführt wurden, die schon von Geburt an sich an das Fehlen eines Armes, einer Hand oder eines Beines gewöhnt hatten und mit einem Ersahglied sich durchs Leben schlagen konnten. Immer stieg bei diesen Vorstellungen der Gedanke auf, ob denn ein Mensch im späteren Alter, etwa mit 20, 30 oder gar 40 Jahren eine solche Vervollkommnung im Gebrauch von künstlichen Gliedmaßen erreichen würde. Wenn dann noch Vorlesende der Berufs-genossenschaften in Broschüren und Abbildungen zu beweisen versuchten, daß einzelne Unfallverletzte mit künstlichen Gliedmaßen wieder in hohem Maße arbeitsfähig hergestellt werden konnten und ihnen die Rente deshalb im Laufe der Jahre verkürzt werden konnte, so hatte man dabei doch immer den üblen Beigeschmack, daß solche Beweisführungen weniger aus humanitären Rücksichten auf die verstümmelten Unfallverletzten geschah, als vielmehr, um schließlich den Beweis zu erbringen, wie sehr die bei den Arbeitern in üblem Geruch stehenden Berufs-genossenschaften auf Renten-kürzungen ausgehen.

Einen Lichtstrahl für die Kriegsverstümmelten bringt die Prüfstelle für Ersahglieder, die mit Genehmigung des Staatssekretärs des Innern in den Räumen der ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt, Charlottenburg, Fraunhoferstraße 11, untergebracht ist. In dieser Ausstellung sind Erfindungen für Ersahglieder sowohl von vielen Privatpersonen als auch von Aerzten, aus Lazaretten usw. ausgestellt. Man sieht sinnerreich konstruierter Arm ist dort zu sehen, der guten Erfah-

für das dem menschlichen Körper so wichtige Glied bieten soll, ebenso künstliche Beine, die mit selbsttätig auswechselnder Mechanik anstelle des unschönen Stützfußes dem Verletzten das Gehen erleichtern und ihn für den Laien nicht sofort als Verstümmelten sichtbar machen soll. In der Prüfstelle wird unter den vielen Erfindungen hier die Spreu von dem Weizen gesondert. Ein kunstvoll konstruierter Arm, dessen Erfinder die Technik des Armes und der Hand insofern sehr genau studiert hat, als beim Heben des Armes sich zugleich die Hand selbsttätig schließt, erscheint auf den ersten Blick als eine Vollkommenheit in der Erfindung eines künstlichen Armes. Bei näherer Betrachtung stellt sich jedoch heraus, daß dieser sich selbsttätig schließenden Hand die Kraft zum Halten von schweren Gegenständen mangelt, und daß sie daher für einen Verstümmelten, der schwerer Erwerbstätigkeit nicht nachzugeben braucht, wohl als ein gutes Ersahglied angesehen werden könnte, im praktischen Leben für den Arbeiter aber untauglich ist. Von all den vielen ausgestellten Erfindungen des künstlichen Armes gebührt einem, der in seiner Art die einfachste Konstruktion zeigt, der Vorzug. Es ist das die sogenannte Keller'sche Hand. Der Landwirt Keller, der vor 25 Jahren den rechten Unterarm etwa 12 Zentimeter unter dem Ellenbogen verloren hatte, hat sich nach vielen vergeblichen Bemühungen vor etwa 12 Jahren eine Ersahhand erbacht. Sie besteht aus einem Eisengerippe mit drei Haken als Fingern und einer Dese anstelle der Handwurzel, einer eisernen Wuffe, einem hölzernen Halter als Hinterrand für das Eisengerippe, einer doppelten Lederklaufe, einem Befestigungsstift, einer Lederstulpe, eisernen Verbindungsschienen und einem Bänderriemen. Diese Keller'sche Hand wird in folgender Weise befestigt: Auf den nackten Arm wird eine Binde bis zum Oberarm gewickelt und darüber das Lederstulp gesteckt, in den die der Armform entsprechend gebogenen, in Höhe des Ellenbogens mit Gelenk versehenen, und an dem oberen Ende mit Filz umnähten Eisenschienen angelenket sind. Im Armsumpf wird der Lederstulp mittels eines Bänderriemens befestigt. Die Schienen tragen an den vorderen Enden die Halterhülse für das Eisengerippe. Das Eisengerippe läuft nach der Handwurzel in eine Dese aus, die in eine entsprechende Bohrung einer Holz- oder Eisenwuffe hineingesteckt wird. Diese Keller'sche Hand dient mit ihren drei hakenförmig gekrümmten Fingern sowohl zum Tragen von schweren Lasten als auch zum Verrichten von leichten Arbeiten, wie z. B. zum Knüpfen von Schlingen oder zum Schreiben, wobei ein Griffhalter von Holz oder Holz zwischen zwei der Hakenfinger geflemmt wird. Außerdem kann mit dieser Hand jedes Arbeitsgerät mit einem Stiel leicht durch die Lederklauen gesteckt und gehalten werden; und zwar so fest, daß selbst durch starke Kraftanstrengung der Spaten, die Hacke oder der Hammer nicht entfernt werden kann.

Wir haben uns durch eine praktische Vorführung von Kriegsverstümmelten davon überzeugt, daß der Einarmige sehr wohl als Landarbeiter tätig sein kann. Er kann alle landwirtschaftlichen Arbeiten verrichten. Er kann die Karre führen und umfärzen, er kann auch Erde drei Meter hoch werfen und in den Wagen laden. Auch kann er als Schmied den Hammer führen, als Tischler den Hobel, als Dreher an der Drehbank arbeiten, als Schleifer am Schleifstein usw.

In der Prüfstelle wird bei der Anpassung der künstlichen Gliedmaßen für den Verstümmelten darauf Bedacht genommen, daß seiner Beschäftigung entsprechend der Arm konstruiert wird. Nicht die Maschine, etwa die Bohrmaschine, wird umkonstruiert den Anforderungen des Kriegsverstümmelten entsprechend (denn die Unternehmer würden sich dazu schwer verstehen, weil mit dem Wechseln des Arbeiters sie event. die Maschine wieder umbauen lassen müßten), sondern der Kriegsbeschädigte bekommt seiner bisherigen Tätigkeit entsprechend konstruierte Arme. So gibt es eine besondere Schreinerhand, eine Hand für den Schlosser, für den Schmied, für den Dreher, für den Schleifer u. s. f. Ein Schreiner, der in der Prüfstelle zurzeit angelemt wird, hat den rechten Arm verloren. Ein betriebsfertiger Kleiderschneid zeigt davon, daß er wohl in der Lage ist, seinem bisherigen Beruf wieder nachzu-

gehen. Zwar muß er links hobeln, weil er mit der künstlichen rechten Hand nicht den Druck ausüben kann, sondern diese nur durch eine Mechanik an den Hobel eingestellt wird, um den Hobel mit führen zu können. Auch der völlige Verlust des Armes bis zur Schulter raubt noch nicht die Hoffnung, im bisherigen Gewerbe wieder beschäftigt werden zu können.

Diese Keller'sche Hand hat vor vielen Erfindungen den Vorzug, daß sie sehr leicht, einfach und billig herzustellen ist, sehr dauerhaft auch beim stärksten Gebrauch ist und daß ihre Instandsetzung sehr selten notwendig wird. Bei vielen Verletzungen kann der Verstümmelte ohne Zutun der gesunden Hand ohne weiteres Gegenstände der verschiedensten Art ergreifen und festhalten.

Wir beschränken uns darauf, über den Armerfaß diese Darstellung zu geben, weil Arm und Hand für den Arbeiter im allgemeinen die wichtigsten extremen Gliedmaßen sind. Die Prüfstelle hat in gleicher Weise auch Erfindungen für den besten Weinersaß geprüft. Auch hier kann man behaupten, daß die einfachste Erfindung die vollkommenste und beste ist.

Diese für die Kriegsverletzten sehr wichtige Erfindung und praktische Erprobung der Keller'schen Hand der weiteren Öffentlichkeit bekanntzugeben, scheint uns im Interesse der Kriegsverletzten sehr notwendig, damit ihnen nicht jede Hoffnung auf ein ferneres Fortkommen geraubt wird. Mancher völlig hoffnungslos ist in der Prüfstelle wieder aufgerichtet worden, nachdem er durch eine passende Prothese und durch einige Zeit Übung für seinen bisherigen Beruf als wieder einigermaßen erwerbsfähig hergestellt worden war. Auch bei Handgelenksentzündung infolge von Nerven- oder Sehnenlähmungen ist noch Hilfe vorhanden und die Möglichkeit, die Hand wieder arbeitsfähig zu machen. Im gleichen Maße aber wäre es sehr notwendig, daß die Lazarettärzte mit dieser Erfindung und mit den Ergebnissen der Prüfungen, die von der Prüfstelle für Ersatzglieder angefertigt werden, vertraut gemacht würden. Noch immer werden uns Fälle aus der Praxis mitgeteilt, wo der Lazarettarzt wiederholt Operationen an Armstümpfen vornehmen will, um dem Kriegsverletzten einen mechanisch brauchbaren Arm und eine Hand anbringen zu können. Oft will es scheitern, als ob eine solche wiederholte Operation auch selbst dann zwecklos ist, wenn der Armstumpf noch gegen Druck empfindlich ist. Beim Anbringen der Keller'schen Hand ist es ziemlich bedeutungslos, ob die Empfindlichkeit der eigentlichen Narbe noch vorhanden ist, denn sie wird durch das Gerät wenig berührt. Auch Kellers Armstumpf ist vorn nicht unempfindlich. Möglich ist es, daß durch gelegentliche Änderungen auch noch Verbesserungen des Geräts oder dieser Befestigung herbeigeführt werden. In den Grundlagen kann aber die Konstruktion des Keller'schen Armerfaßes kaum geändert werden. Im Lazarett zu Gorden ist bei Amputierten eingehend die Brauchbarkeit der Keller'schen Hand für landwirtschaftliche Arbeiten geprüft worden. Das Ergebnis bestätigte die in der Prüfstelle gemachten günstigen Erfahrungen. Es liegt daher sehr im Interesse der Kriegsbeschädigten, wenn diese Erfindung in weitesten Kreisen bekannt wird. Die meisten der Verstümmelten legen großen Wert auf den Besitz eines Zivilversorgungsgeldes. Abgesehen davon, daß nicht alle mit einem solchen Gehalt versorgten Anstellung in Staatsbetrieben werden erhalten können, winkt ihnen selbst bei einer solchen Anstellung auch nicht immer eine sorgenfreie Zukunft, denn der Lohn ist dort auch sehr oft nur gering. Daher ist es als eine Aufgabe der Kriegsfürsorge zu betrachten, den Kriegsverletzten möglichst wieder seinem bisherigen Berufe zuzuführen.

Korrespondenzen.

Karlsruhe. Am 4. Juni fand im Gewerkschaftshaus eine Versammlung statt, in der die Kollegenschaft Stellung nahm zum Ablauf und zur Verlängerung des Tarifvertrages. Da der Vertreter der Zahlstelle Karlsruhe, Kollege Berner, zurzeit im Felde steht, hatte der Kollege Kalb-Frankfurt a. M. das Referat übernommen. Nebner führte folgendes aus: Während im Dezember 1906 für eine große Anzahl Zahlstellen unseres Verbandes Tarife mit Inkrafttreten ab 1. Januar

1907 vereinbart wurden, bedurfte es erst langwieriger Verhandlungen mit der Prinzipalsvereinigung in Karlsruhe, um auch zu einem Tarifvertrage für das Hilfspersonal zu kommen. Erst als die Kollegenschaft zur Einreichung der Kündigung übergang und ihre Versammlungen an den Werktagen vormittags abhielt, konnte ein Tarifvertrag abgeschlossen werden. Wenn man nun erwartet hätte, daß die Herren Prinzipale aus der Geschlossenheit unserer Kollegenschaft die notwendige Verahre gezogen und im Jahre 1911 zu erneuten Verhandlungen bereit gewesen wären, so habe man einsehen müssen, daß dies nicht der Fall gewesen sei. Nicht einmal zu den Vorverhandlungen sind die Herren erschienen. Im Jahre 1912 wurden wieder für die meisten Tariforte die Tarife für unsere Kollegenschaft auf weitere fünf Jahre abgeschlossen. Unsere Kollegenschaft in Karlsruhe mußte, um einmal erworbene Rechte zu erhalten und zu verbessern, abermals den Kampf mit der Prinzipalsvereinigung in Karlsruhe aufnehmen. Nebner ging des weiteren auf diesen Kampf ein. Nach 14 wöchigem Streik konnte auch für die Zahlstelle Karlsruhe wieder der Tarifvertrag abgeschlossen werden. Da dieser Tarifvertrag auch dieses Jahr wieder abließ, so wäre es jedenfalls interessant gewesen, wenn man hätte erfahren können, ob es, wenn wir in normalen Zeiten uns bewegt hätten, die Prinzipale wieder auf einen Kampf mit unserer Kollegenschaft hätten antworten lassen, damit sie zu dem Tarifvertrag gekommen wären. Wenn die Prinzipalsvereinigung in Karlsruhe der Tarifverlängerung bis zum 31. Dezember 1917 ihre Zustimmung gegeben habe, so spiele hier jedenfalls der Burgfriede mit. Von einer Feuerungszulage habe man zwar gehört, daß dieselbe auch dem Hilfspersonal gewährt werden solle, aber nicht in welcher Höhe. Die Diskussion war eine sehr lebhaftige und wurde von den anwesenden Kollegen und Kolleginnen mitgeteilt, daß sie noch sehr wenig von den Feuerungszulagen zu spüren bekommen hätten. Teilweise wurde auch festgestellt, daß pro Woche und Person 50 Pfa. Feuerungszulage auf den Lohn zugelegt wurden. Ein Kollege, der seither unter Minimallohn gearbeitet hatte, erhielt als Feuerungszulage die Differenz zum tariflichen Lohn. Der Gau-leiter, Kollege Kalb, wurde seitens der Kollegenschaft beauftragt, an die Prinzipalsvereinigung heranzutreten und anzufragen, in welcher Höhe der Betrag der Feuerungszulage an die Kollegenschaft zur Auszahlung gelangen solle. In einer demnächst einzuberufenden Versammlung soll hierüber Bericht erstattet werden. Nachdem einige Neuaufnahmen erfolgt, wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Rundschau.

Feuerungszulagen und Eisenentfärbungen sind, wie wir dem „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ entnehmen, im Münchener Steinbrudergewerbe vereinbart. Nach entsprechenden Verhandlungen zwischen Vertretern der Lithographen- und Steinbrudereibesitzer und der Gehilfenchaft in München kam unter Vermittlung durch den Gewerbegerichtsvorsitzenden vor einigen Tagen in der Frage der Gewährung einer Feuerungszulage folgender Vermittlungsvorschlag zustande: „Die beiden Parteien einigen sich vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Versammlungen zu folgendem Ausgleich: 1. Mit Rücksicht auf die bestehenden Kriegs- und Feuerungsverhältnisse wird zu sämtlichen gezahlten Löhnen ein Zuschlag gewährt, und zwar den gelernten Arbeitern 2-Mark, den Hilfsarbeitern und Schleiern 1,50 Mk. und den Hilfsarbeiterinnen 1.- Mk. in der Woche. Zu diesen Beträgen wird wöchentlich ein Beitrag von 25 Pfa. als Entschädigung für Eisen bezahlt. 2. Der Verein Münchener Lithographen und Steinbrudereibesitzer verpflichtet sich, diese besondere Abmachung in gleicher Weise wie den Tarifvertrag bei allen seinen Mitgliedern zur Durchführung zu bringen. 3. Diese Vereinbarung gilt bis zum 1. April 1917. 4. Die Zuschläge nach vorstehender Vereinbarung treten mit dem 1. Juni in Kraft, wobei für die Zeit bis zum 3. Juni ein halber Wochenzuschlag bezahlt wird. Soweit bisher höhere Zuschläge bezahlt werden, werden sie durch diese Abmachung nicht berührt.“ Dieser Vorschlag wird nun noch Versammlungen der beiden Interessentengruppen zur endgültigen Entscheidung unterbreitet werden.

Die Nahrungsmittelpreise haben im Monat April wiederum eine Steigerung erfahren. Auf der Grundlage der dreifachen Nation des deutschen Marinevolkden berechneten sich die Kosten der Ernährung einer vierköpfigen Familie im Mittel von ungefähr 200 Orten des Deutschen Reiches auf

51,99 Mk. pro Woche. Nach der Calwer'schen Zusammenstellung betragen die Ernährungsstoffe für März 48,40 Mk. Demnach ist die Preisverzeichnissziffer im Vergleich mit dem Vormonat um 3,59 Mk. höher. Im März 1916 wies das Preisverzeichnis eine Steigerung um 5,- Mk., im Februar um 2,14 Mk. und im Januar um 1,93 Mk. auf. Danach scheint es nicht so auszuweisen, als ob in der ständigen Steigerung der Lebensmittelpreise ein Stillstand geschweige eine Verbilligung eintreten könnte.

Konferenz der Arbeiter der Bekleidungsindustrie. Am Sonntag, den 4. Juni, tagte in Dresden eine Konferenz sämtlicher für die Bekleidungsindustrie in Frage kommenden Arbeiterverbände. Die Konferenz war vom Deutschen Textilarbeiterverband arrangiert und außer diesem besichtigte vom Christlichen Textilarbeiterverband, vom Gewerbeverein deutscher Textilarbeiter (H.-D.), vom Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter und vom Verband der Hutmacher und Filzwarenarbeiter.

Es handelte sich darum, die Mißstände, die bei der Textilarbeiter-Erwerbslosenfürsorge in Sachen zutage getreten sind, zu besprechen und auf Abhilfe hinzuwirken. Ferner galt es, an der Hand von Tatsachen die Unzulänglichkeit der Unterstützung zu zeigen und angeht die so kolossal gestiegenen Lebensmittelpreise bei der Regierung eine Erhöhung anzugehen. Die Konferenz beauftragte die Zentralvorstände der beteiligten Organisationen, beim Ministerium eine Erhöhung der Unterstützungssätze um 50 Prozent zu beantragen. Verbienter Lohn und kleine Renten sollen so wurde gewünscht, in der Woche bei männlichen Personen bis 6.- Mk., bei weiblichen Personen bis 3.- Mk. überhaupt nicht angerechnet werden, höheres Einkommen dagegen nur bis 66% Prozent. Das gesamte auf der Konferenz vorgetragene Material wird dem sächsischen Ministerium des Innern unterbreitet werden.

Des weiteren befaßte sich die Konferenz mit den in letzter Zeit in allen Teilen Deutschlands zutage getretenen Bestrebungen, die Textilarbeiter in die Landwirtschaft zu überführen. Schon zu Beginn der Unterstützungsaktion im August v. J. hatten die Textilarbeiterorganisationen hiergegen Einspruch erhoben; sie wünschten eine Ueberführung in andere Industrien zu geeigneter Arbeit. Hiergegen sträubten sich die Unternehmer. In der letzten Zeit werden nun Textilarbeiter und -arbeiterinnen in größeren Mengen bei Androhung des Entzugs der Unterstützung für landwirtschaftliche Arbeiten gewonnen. Hierzu faßte die Konferenz nachstehende Entschliessung:

Die Konferenz behauert die vom Bundesrat angeregten Bestrebungen der behördlichen Organe und der Bundesstaaten auf Kürzung der bisher aus öffentlichen Mitteln gebotenen Unterstützungsbezüge im Falle ganzer oder teilweiser Arbeitslosigkeit. Sie erhebt Einspruch gegen die in vielen Bezirken Deutschlands stattfindende Ueberführung der Textilarbeiter, ganz besonders der jugendlichen, sowie der Arbeiter der gesamten Bekleidungsindustrie in die Landwirtschaft bei Strafe des Unterstützungsentzugs im Falle der Weigerung.

Sie erhebt Einspruch, wie die Arbeiterverbände es schon anlässlich der ersten Beratungen im Reichsamt des Innern nach Erlaß der Herstellungsvorbehalte getan haben: 1. weil die landwirtschaftlichen Arbeiten, wie sie die Ernte bedingt für die in Frage kommenden Arbeiter viel zu schwer sind; 2. weil für einzelne Branchen die Wiederverwendung im früheren Beruf durch die landwirtschaftliche Arbeit sehr erschwert wird; 3. weil die Jugendlichen fern von der Heimat auf großen Dominien usw. untergebracht und dadurch der elterlichen Fürsorge entzogen werden; 4. weil durch das Aufhören des Zusammenlebens mit der Familie starker seelischer Druck auf die Beteiligten ausgeübt wird; 5. weil die Arbeiter, vor allem die jungen Mädchen, durch das auf großen Gütern übliche unterschiedslose Zusammenleben mit Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeitern aller Art in primitiven Unterkunfts-räumen und Massenquartieren schweren sittlichen Gefahren ausgesetzt sind. Die Konferenz erhebt weiter Einspruch gegen die Verwendung der Arbeiterinnen der Textil- und Bekleidungsindustrie zu körperlich schweren Arbeiten, wie Steintragen usw. Die Konferenz erwartet deshalb, daß Arbeitern und Arbeiterinnen nur geeignete Arbeit bei ausreichender Entlohnung angeboten wird.

Die Tabakarbeiter fordern Lohnerhöhung. Das Verlangen nach besserer Bezahlung ist bei den Tabakarbeitern und -arbeiterinnen ganz allgemein. Es ist daher ganz selbstverständlich, daß die Organisationen diesem Verlangen Rechnung tragen mußten. Die Annahme der Tabaksteuererhöhung

lich den Augenblick zur Formulierung der Wünsche kommen. Am Sonntag, den 4. Juni, traten die Vorstände und Funktionäre der drei Organisationen (freie, christliche und H.-D.) zu gemeinsamer Beratung zusammen. Das Resultat war, dem Willen der Tabakarbeiter entsprechend, sofort an alle Fabrikanten in allen Branchen, bezw. an deren Organisationen, den Wunsch auf Lohn-erhöhung zu stellen. Es soll gefordert werden eine generelle Lohn-erhöhung von 25 Prozent unter Anrechnung der bisher während des Krieges gewährten Lohn- und Teuerungszulagen, und zwar in allen Betrieben und für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, gleichviel, ob sie Lohn- oder Akkordarbeit verrichten.

In der Begründung wird auf die ungeheure Preissteigerung der Lebensmittel hingewiesen und betont, daß gerade die Tabakarbeiter besonders jetzt Anspruch auf Erhöhung ihres Einkommens hätten. Geeignet sei der Zeitpunkt der Forderung ebenfalls, da die Fabrikanten infolge Erhöhung der Tabaksteuern ohnehin erneut faulsteren müßten. Außerdem wird noch betont, daß die Tabakarbeiter es als Fortschritt für das ganze Gewerbe ansehen würden, wenn die Fabrikanten bei dieser Gelegenheit sich entschließen könnten, mit ihnen für bestimmte Lohngebiete allgemeine Lohnnormen zu vereinbaren.

Die Eingaben an die Unternehmer sind unterzeichnet von drei Organisationsleitungen. Da man auch in Fabrikantenpreisen der Ansicht begünstigt, daß die Löhne der Tabakarbeiter dringend der Aufbesserung bedürfen, ist wohl anzunehmen, daß die Wünsche überall Verständnis finden und erfüllt werden.

Die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine im Jahre 1915. Wie alle Organisationen, so haben auch die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine infolge des Krieges einen Mitgliederrückgang erfahren. Nach der soeben im „Gewerkverein“ veröffentlichten Uebersicht zählen die Gewerkvereine insgesamt am Schluß des Jahres 1915 in 1859 Ortsvereinen 61 086 Mitglieder. In den letzten drei Jahren zeigten die Gewerkvereine folgende Mitgliederentwicklung:

	Orts- vereine	Mit- glieder	Darunter weibliche
1913	2153	100 681	5937
1914	2004	77 749	4699
1915	1859	61 086	4317

Nach diesen Zahlen zu urteilen, ist der durch den Krieg verursachte Mitgliederverlust bei den Gewerkvereinen, welche die schwächste der drei Gewerkschaftsrichtungen repräsentieren, verhältnismäßig nicht sehr groß. Die Gründe für diese Erscheinung sind nicht ohne weiteres ersichtlich. Man gewährt dort der Devisenlosigkeit nur sehr ungern Einbild in die Internen der Organisation, deshalb sind auch die veröffentlichten Zahlen und die Kommentare dazu recht vorsichtig abgefaßt. Ueber die Zahl der zum Heeresdienst einberufenen Gewerkvereinsmitglieder ist bisher nichts veröffentlicht, diese Zahl ist aber offenbar verhältnismäßig viel kleiner als bei den freien Gewerkschaften, von denen etwa die Hälfte, wenn man die männlichen Mitglieder allein in Betracht zieht, sogar weit mehr als die Hälfte, bis Ende des Jahres 1915 zum Kriegsdienst eingezogen waren. Daß die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine von den Einberufungen weit weniger stark betroffen wurden, dürfte darauf zurückzuführen sein, daß dort die älteren Jahrgänge verhältnismäßig stärker vertreten sind. Das ist wiederum dem Umstand zu danken, daß viele Gewerkvereine mit Krankenkassen verbunden sind, die sich als gutes Mittel erweisen haben. Leute an die Organisation zu fesseln, die ihre in der Krankenkasse erworbenen Rechte nicht preisgeben möchten.

Für die Beurteilung der Stärke der Gewerkvereine ist es nicht unwesentlich, daß in der Zusammenstellung eine Reihe von Organisationen figurieren, bei denen nur Angaben über die Mitgliederzahl gemacht sind, aber keinerlei Mitteilung über die Kassenverhältnisse. So werden für das Jahr 8000 Mitglieder der Eisenbahnerorganisation in Württemberg gezählt, aber Angaben über Einnahmen und Ausgaben sowie Vermögensbestand sucht man in der Abrechnung vergeblich. Es klingt nicht sehr wahrscheinlich, daß die württembergischen Eisenbahner mit ihrer runden Mitgliederzahl durch den Krieg gar nicht beeinflusst sein sollen. Bei anderen Vereinen, die nur mit ihren Mitgliederzahlen aufgeführt sind, hat man an diesen gegenüber dem Vorjahr einige Abstriche gemacht. Abgesehen von einigen kleineren Vereinen fallen die so aufgeführten Gemeindegewerkschaften mit 736, Bauhandwerker mit 753, Bergarbeiter mit 700 Mitgliedern doch einigermaßen ins Gewicht. Der

zahlenmäßig stärkste Gewerkverein ist der der Metallarbeiter mit 23 606 Mitgliedern.

An Beitrittsgebühren haben alle Gewerkvereine zusammen nur 2166 Mk. eingenommen; die Gesamteinnahme an Beiträgen betrug 1 489 429 Mk. In dieser Summe ist sowohl der Gewerkschaftsbeitrag als auch der Beitrag für die Kranken- und Sterbekassen enthalten. An Arbeitslosenunterstützung wurden 96 548 Mk., an Notfallunterstützung, in der Hauptsache an Kriegsfamilien, wurden aus den Hauptkassen 44 823 Mk., aus den Lokalkassen 106 960 Mk. gezahlt.

Das Gesamtvermögen aller Gewerkvereinskassen, das Ende 1913 4 465 341 Mk. betrug und Ende 1914 auf 4 056 923 Mk. zurückgegangen war, ist bis Ende 1915 wieder auf 4 452 647 Mk. gestiegen. Hiervon war eigentliches Gewerkvereinsvermögen: in den Hauptkassen 1 522 325 Mk., in den Lokalkassen 179 868 Mk. Die Krankenkassen hatten ein Vermögen von 1 304 441 Mk. und die Beitragskassen 1 446 012 Mk.

Man kann dem „Gewerkverein“ zugestehen, daß er berechtigt ist, angesichts der Jahresabrechnung auszusprechen, daß die Grundlagen der Organisation vom Kriege unerschüttert geblieben sind. Allerdings hatten die Gewerkvereine auch schon vor dem Kriege in der gewerkschaftlichen Bewegung in Deutschland nur eine geringe Bedeutung. Daß in dieser Beziehung in absehbarer Zeit eine Aenderung eintritt, ist wenig wahrscheinlich.

Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation durch eine Stadibehörde. Bei der letzten Beratung des städtischen Rates in Kiel forderten die sozialdemokratischen Stadtverordneten die Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation in den Betrieben der Stadt. Wie der Magistrat jetzt in der letzten Sitzung der städtischen Kollegien mitgeteilt hat, ist auf seinen Beschluß den Bestimmungen über die Arbeiterausschüsse folgender Absatz eingefügt worden:

Zu den Sitzungen der vereinigten Arbeiterausschüsse erhalten nach näherer Bestimmung des Magistrats Vertreter derjenigen Organisation eine Einladung, denen die städtischen Arbeiter angehören. Die Vertreter können an den Sitzungen mit beratender Stimme teilnehmen.

Die Festsetzung von Miethöchstpreisen ist in Kiel und Wilhelmshaven vollzogene Tatsache. Sie sollte allgemein nachgeahmt werden, wenn nicht das Haushaltsbudget der Verbraucher völlig aus dem Geleise geraten soll. Aber man darf dabei doch nicht verkennen, daß eine solche Maßnahme nur als Notstandsmaßnahme zur Eindämmung größter Sorgen gerechtfertigt wäre. Denn sie richtet sich nur gegen ein Symptom, nicht gegen die letzte Ursache unserer Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt. Die Frage der Wohnungsmieten kann nicht zur Ruhe kommen, solange der Grund und Boden dem freien Verkehr und die Steigerung der Bodenwerte der privaten Ausbeutung überlassen bleibt. Denn die Wohnbodenfläche ist in einem dicht bevölkerten Lande ein Monopol weniger, denen der Andrang der unzählbaren Wohnungsverbraucher in stärkstem Mißverhältnis gegenübersteht. Die Folgen dieses unabänderlichen Zustandes für die Wohnungs- und Mietpreise wird immer dann starke Reizung zur Erhöhung sein, solange nicht durch planmäßige Bodenreform die Steigerung der Grundrente in die öffentliche Hand übergeführt und dadurch der Privat speculation der Anreiz zur Betätigung auf diesem Gebiete genommen wird. Wohnungsverteuerung greift an die Grundlagen der Existenz; darum fast noch nötiger als das Brot ist für den Verbraucher das Stück Land oder die Wohnung, in der er lebt.

Was ein Viehhandelsverband verdient, kann man sich denken, wenn man hört, daß an den westdeutschen Verband Provisionsätze bei Großvieh und Schafen von 8 Prozent, bei Schweinen und Kälbern von 7 Prozent gezahlt werden müssen. An seine Unterkommissionäre entrichtet der Verband dabei bei Großvieh und Schafen 5 Prozent, bei Schweinen und Kälbern 7 Prozent. Da sich seine Umsätze auf drei bis vier Millionen Mark wöchentlich belaufen dürften, so kann man seinen Gewinn auf etwa 110 000 bis 120 000 Mk., den seiner Kommissionäre auf etwa 7000 bis 8000 Mk. in der Woche schätzen. Es ist vorgekommen, daß zwei Kühe, für die im Einkauf in Westpreußen 1650 Mk. gezahlt wurden war, auf dem Waagvieh Hof an einen Meinturger Landwirt für 2202 Mk. verkauft worden sind. Ein Schlächtermeister mußte bei Verkauf eines Bullen allein 138,72 Mk. Provision zahlen. Nach sachmännlicher Ansicht dürfte das Fleisch dadurch um 20 bis 25 Pfa. je ein Pfund verteuert werden. Leider bleibt die Be-

tätigung des Viehhandelsverbandes nicht auf die Fleischverteilung beschränkt; er läßt es sich auch angelegen sein, die Ausfuhr von Milch und Zuchtvieh durch Verbote zu unterbinden, an dem im Osten des Reiches Ueberfluß, nach dem aber im Westen starke Nachfrage herrscht. Auf diese Politik darf ein großer Teil des Milchmangels der Städte und der vorwiegend industriell bewirtschafteten Gebiete des Reiches zurückgeführt werden.

Die erfreuliche Zunahme des Neugeschäfts der „Volksfürsorge“, die mit Beginn des Jahres 1916 einsetzte, nachdem die durch die zahlreichen Einberufungen von Rechnungsführern und Vertrauensleuten erfolgten Störungen wohl in allen Rechnungsstellen vielfach mit Hilfe der Frauen von Eingezogenen wieder behoben waren, hat auch im Monat April angehalten. Es wurden im 21. Kriegsmonat im ganzen 1570 Neuanträge eingebracht, davon 1398 für Kapitalversicherungen mit 329 801 Mk. Versicherungssumme und 172 für Spar- und Mißloversicherungen. Im gleichen Monat des Vorjahres waren nur 803 Anträge eingegangen. In den ersten vier Monaten des Jahres 1916 sind schon 6894 Neuanträge mit 1 428 229 Mk. Kapitalversicherungssumme eingegangen, gegen 3562 in den gleichen Monaten des Vorjahres.

Dieses Ergebnis zeigt, daß trotz des Krieges auch für die „Volksfürsorge“ erfolgreiche Werbearbeit geleistet werden kann und daß die Mitglieder der Gewerkschaften und Genossenschaften es sich angelegen sein lassen müssen, die Vertrauensleute der „Volksfürsorge“ in ihrer uneigennütigen Arbeit zu unterstützen.

IK. Recht auf Arbeit — nicht konstitutionell. Auf Drängen eines sozialistischen Mitglieds hat die Legislatur (Landtag) von Idaho (Vereinigte Staaten von Amerika) eine Vorlage angenommen, die den Staat verpflichtet, die Arbeitslosen mit Beschäftigung zu versehen. Das Recht auf Arbeit wurde also gesetzlich festgelegt. Der oberste Gerichtshof von Idaho hat jedoch das Gesetz für nicht verfassungsmäßig — d. h. für null und nichtig — erklärt. In den Vereinigten Staaten können nur solche Gesetze bestehen, die im Geiste der Verfassung gehalten sind. Und die Richter der obersten Gerichtshöfe entscheiden darüber, ob ein Gesetz diesem Geist entspricht oder nicht. Diese Gerichtshöfe können jedes sozialpolitische Gesetz für unkonstitutionell erklären. Sie stehen also über den Gesetzgebern.

Wucher.

Guch Gelden, die ihr Feind um Feind bezwingt,
Sollte in bitterer Scham verschwiegen bleiben,
Die dunkle Mächte hier ihr Wesen treiben
Und wie der Krämer um den Vorteil ringt.

Für alle trug die Muttererde Korn,
Es quillt und schäumt aus tausend Lebensbronnen.
Der Wucher aber schleicht — und schlief besonnen
Die vollen Scheuern vor dem deutlichen Jorn.

In unsren stolzen Herzen fragt das Blut:
Was hast du, Deutschland, Herrliches erkritten
Und beugst dich hier, wie eine niedre Magd?

Auch Christus hat das Krämervolk verjagt;
Gebende deiner Söhne, die gelitten,
Und züchtige die ehregeßne Brut.

Else v. Soltan im „Kärner“

Eingegangene Druckschriften.

„Die Glode“, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., München). Das eben erschienene elfte Heft des zweiten Jahrgangs dieser aktuellen Wochenschrift enthält folgende Artikel: Wilhelm Hänsgen: Heim, Wertarbeit und Arbeit für Kriegsverletzte (3. Teil). A. Loff: Das lettische Volk und der Krieg (1. Teil). Hermann Mattutat: Mittelstands- und Arbeiterkriegshilfe. Ebnar Steiger: Das Mare Liberum des Hugo Grotius. Ernst Mehlisch: Staatsaufsicht für das Nahrungsmittelgewerbe. Die Woche. Aus unserer Sammelmappe. — Einzelhefte 20 Pfa., Vierteljährlich 2,50 Mk. bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Adressenveränderungen.

Strasburg i. G.
Vorsitzender: Eugen Mueß, Strasburg-
Neudorf, Schuttmatteweg 33.